

Der Krieg in der Ukraine sorgt für weiter steigende Flüchtlingszahlen

Die Auswirkungen des kriegerischen Konfliktes in der Ukraine haben mit Tausenden von Flüchtlingen die nord- und mitteldeutschen Großstädte kalt erwischt. Das gilt auch für die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover. Schon im letzten Jahr sind die Flüchtlingszahlen, nach einem eher geringen Zuwachs in den ersten eineinhalb Jahren der Corona-Pandemie, wieder gestiegen. Seit Anfang 2022 hat sich der Anstieg noch einmal beschleunigt. Über 4000 Flüchtlinge sind in Hannover untergebracht, Tendenz steigend. Die Menschen kommen weiterhin aus den Ländern des Nahen Ostens, aus Afrika und, nachdem die Taliban die Macht im Land am Hindukusch übernommen haben, vermehrt auch aus Afghanistan. Es mussten bereits einige Notunterkünfte wiedereröffnet werden. Und nun auch noch der Krieg in der Ukraine. Mittlerweile hat es etliche Kriegsflüchtlinge nach Niedersachsen verschlagen.

In den ersten Tagen und Wochen nach Ausbruch der Kampfhandlungen waren es einzelne Gestrandete, die sich, ob beruflich oder privat, nur kurzfristig in Deutschland aufhalten wollten, und plötzlich nicht mehr zurückkonnten. Hier war die Frage nach dem weiteren Aufenthalt schnell geklärt: Ukrainische Staatsangehörige mit einem biometrischen Reiseausweis können zunächst für 90 Tage ohne Visum in Deutschland bleiben. Inzwischen kommen Tausende. Anfangs hieß es, alle ukrainischen Flüchtlinge sollen sich in die niedersächsische Erstaufnahmestelle in Fallingbommel begeben, um sich dort registrieren zu lassen und dann weiter auf die Kommunen verteilt zu werden. Davon ist man jetzt wieder abgerückt. Die niedersächsischen Städte und Gemeinden werden diese Aufgabe selbst stemmen.

In Hannover wurde mittlerweile eine Notunterkunft am Messegelände eingerichtet. Rund tausend Schlafplätze sind dort entstanden, teilt die Pressestelle der Landeshauptstadt mit. Bereits am Dienstag den 08. März sind mehrere Busse mit 400 Geflüchteten aus der Ukraine auf dem Messegelände angekommen, weitere werden erwartet.

Das alles erinnert an die noch nicht lange zurückliegende Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. Oder auch an die Zeiten des Jugoslawienkrieges in den 1990er Jahren, als Hunderttausende Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen. Damals wurden die Menschen jahrelang nur geduldet und lebten ohne sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland. Die Arbeitsaufnahme war nur in besonderen Ausnahmefällen erlaubt. Für viele bedeutete das nach den traumatisierenden Kriegerlebnissen eine zusätzliche Belastung.

Inzwischen haben die Länder der EU dazu gelernt. Im Juli 2001 wurde eine sogenannte Massenzustrom-Richtlinie beschlossen, die, wie es heißt, „vorübergehenden Schutz im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen“ sicherstellen sollen. Auf dieser Grundlage werden die meisten der vor dem Krieg geflüchteten Ukrainer eine befristete Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 24 des Aufenthaltsgesetzes bekommen.

Die ukrainischen Flüchtlinge stehen über Nacht oft im wahrsten Sinne des Wortes vor den Trümmern ihrer bisherigen Existenz. Die Spenden- und die Aufnahmebereitschaft ist auch in Niedersachsen groß. Allein die Landeshauptstadt Hannover hat sich bereit erklärt, für die Unterbringung und Versorgung der Menschen bis zu 10 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Am meisten hilft den Vertriebenen und Gestrandeten jetzt aber Besonnenheit und eine schnelle Einigung der Konfliktparteien, damit so bald wie möglich eine sichere Rückkehr möglich ist.